tatenlos zu oder ist in korrupte Machenschaften verwickelt.

Unterdessen konzentriert sich die Bevölkerung und die Wirtschaftsaktivitäten auf 20 Prozent des Territoriums. In einigen Provinzen ist der urbanisierte Boden in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent gestiegen (vor allem Madrid und die Küstenregion um die Strandmetropolen in Murcia, Alicante, Malaga und Valencia). Allein im letzten Jahr wurden 800 000 neue Wohnungen gebaut, mehr als in Deutschland, Frankreich und England zusammen. Die Nachfrage ist groß, die Preise steigend. Die Familien schuldeten den Kreditanstalten zum Ende 2005 mehr als 650 Mrd. Euro, davon 474,40 Mrd. in Hypotheken. Das sind bereits 53 Prozent des BIP. Einer Untersuchung des Nationalen Statistikinstituts zufolge gaben die spanischen Haushalte 1985 noch 30 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel, Alkohol und Tabak aus. Heute seien es weniger als 20 Prozent. Ein immer größerer Anteil entfalle auf Konsumartikel und vor allem auf die Dienstleistungen, insbesondere die finanziellen. Mit den Jahren, aber vor allem seit 1996, gewinnt der Anteil (55 Prozent), den die Bürger in eine Eigentumswohnung investieren, an Bedeutung. Dieser Immobilienboom ist nicht nur mit der internen Nachfrage und den billigen Krediten (von 15 Prozent im Jahr 1992 auf 4 Prozent heute) zu erklären. Auslandsinvestitionen in den spanischen Immobiliensektor in Form von Renten-, Investitions- und Immobilienfonds bzw. Geldwäsche, mit Rentabilitätsraten von bis zu 20 Prozent in den letzten Jahren, ließen den Sektor explodieren. Heute sind bereits 17 Prozent der spanischen Wirtschaft von dem »Ziegel« – wie man hier spöttisch sagt – abhängig. Der intensive Urbanisierungsprozess verursacht natürlich auch enorme Umweltbelastungen (Wassermangel, dichte Besiedelung, Abfallversorgung, stark zunehmender Verkehr und Energiekonsum etc.).

Das »spanische Wunder«?

Vereinfachend kann gesagt werden, dass das neoliberale Entwicklungsmodell der spanischen Wirtschaft zwar relativ hohe Wachstumsraten bescherte und für ein angestiegenes Lebensniveau sorgte. Doch offenbart es gleichzeitig eine Reihe von Problemen, die darauf schließen lassen, dass dieses Wachstum sehr wahrscheinlich bald abnehmen wird.[11] So warnte die Spanischen Zentralbank vor einiger Zeit vor der Möglichkeit einer »schlagartigen und ungeordneten Korrektur« des spanischen Immobilienmarktes. »Ein derartiges Szenarium hätte enorme Folgen für die spanische Wirtschaft«, meint Durán, »die in den letzten Jahren das größte Defizit der Welt akkumulierte, nämlich 7 Prozent des BIP, was bisher ohne Probleme durch die Beteiligung am Euro finanziert werden konnte, doch die Familienverschuldung aufgrund der hohen Grundstückspreise, die geringe Produktionsbasis in der Industrie sowie das hohe Auslandsdefizit könnten das Wachstum gefährden.« Wenn Spanien nicht in der Eurozone wäre, »würden wir unsere Währung, die peseta, stark entwertet vorfinden, mit einer Inflationsrate um das doppelte so hoch wie die aktuelle, mit einem sehr hohen Haushaltsdefizit und einer Verschuldung von etwa 100 Prozent des BIP«, schrieb Guillermo De la Dehesa im letzten Jahr in *El País*. »Wir würden sicherlich starke Anpassungsmaßnahmen der internen Nachfrage vornehmen, die uns eine Rezession produziert hätte, da die hohen Erdölpreise, mit einer abgewerteten Peseta, und unsere Abhängigkeit von den Erdölimporten, uns ein Handelsdefizit mit gigantischen Ausmaßen produziert hätte, das wir wiederum mit Euros und Dollars durch die Exporte ausgleichen müssten, was unmöglich wäre, ohne unsere Auslandsschulden zu erhöhen«, so De la Dehesa. Sollten die Rohstoffpreise weltweit weiter ansteigen und die Zinsen in der Eurozone plötzlich steigen, wäre eine Krise in der Immobilienbranche nicht ausgeschlossen. Der logische Rückgang in der Bauindustrie würde dann die Seifenblase der Immobilienspekulation zum Platzen bringen. Das Wirtschaftswachstum und die Konsumtätigkeit würden sinken, und die Banken gerieten in einen Abwärtsstrudel.

Drei Spaniens

Folglich würde die Erwerbslosigkeit steigen, die Gehälter sinken und die öffentliche Not explodieren. Vor allem wirkt es sich auf die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich aus. In dem selben Land existieren parallel drei Spaniens, findet das Seminar für Alternative Wirtschaft TAIFA, eine Gruppe kritischer Ökonomen aus Katalonien[12]:

Ein »arbeitendes Spanien«, das wächst, mit einer Bevölkerung, die seine materiellen Bedürfnisse relativ gut abdeckt, einem hohen – fast krankhaften – Konsumniveau und einem enormen Verschuldungsgrad. »Typische Familien, mit ein oder zwei Kindern, beide Erwachsenen erwerbstätig, leben gut, haben aber nur wenige soziale Dienste zur Verfügung, die zudem immer mehr privatisiert werden. Sie akzeptieren den Diskurs des Individualismus und glauben, wer nicht so lebt wie sie, ist selber schuld«, so TAIFA in einer Studie.

Dann haben wir das »verschwenderische Spanien« einer Minderheit mit außerordentlichen Lebensbedingungen: Finanzmann/frau, Eigentümer von Immobilien, Finanzkapital oder Industrien, erfolgreiche Unternehmer, hohe Angestellte, einige Journalisten, Künstler, Sportler und ihre Familien, sowie ein reichlicher Teil der Politiker und der Kirche. Das ist die spanische jet society. Sie bestimmen die Meinungsbildung in den Massenmedien und glauben: »Spanien geht es gut«.

Zuletzt ist da das arme Spanien, dem es gar nicht gut geht und das etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmacht. Dieses Spanien leidet unter Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung, eingefrorenen bzw. sinkenden Löhnen, fehlenden sozialen Dienstleistungen, ungerecht verteiltem Reichtum, Ausgrenzung und Armut. »Menschen, die überleben, weiter nichts. Eine Bevölkerung, die kein Lebensprojekt vor Augen hat, keine Zukunftsaussichten. Das ist das traurige Spanien, das viel zu viele Menschen betrifft«, so TAIFA.

Eine mögliche Rezession beantwortet die Regierung mit den üblichen neoliberalen Rezepten. »Wie können wir dem Defizit begegnen? Natürlich mit einer höheren Wettbewerbsfähigkeit der Firmen, die nur durch eine steigende Produktivität erreichbar ist. Oder anders gesagt: wenn die Gehälter steigen, weil die Produktivität zunimmt, die Herstellungskosten jedoch gleichbleiben, haben wir mehr Spielraum, um wettbewerbsfähiger zu sein«, glaubt der Wirtschaftsminister Pedro Solbes. In Spanien fielen die Herstellungskosten 2003 um 0,5 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Jahr (1 757,2 h) stieg im letzten Jahr um zwei Stunden, während die Nettogehälter 2004 und 2005 stagnierten. Und trotzdem machen Wirtschaft und Regierung weiterhin die »hohen Lohnkosten« für die fehlende Produktivität verantwortlich.

In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres registrierte das Arbeitsministerium mehr als 900 000 Unfälle. Dabei kamen 990 Personen ums Leben. Ein Drittel der Opfer sind Migranten. Oft arbeiten sie ohne eine spezifische Ausbildung, oder es fehlt an Arbeitsschutzmaßnahmen. Eine Reportage in der Zeitung *El País* über den Bau der neuen U-Bahnlinien in Madrid zeigt die Realität des neuen Arbeitsmarktes: Auf dem Bild, das den Text begleitet, sieht man nur Migranten, die in den Tunnelschächten arbeiten. Spanien sei ein Beispiel dafür, so der EU-Kommissar für Erwerbstätigkeit und soziale Fragen, Vladimir Spidla, um zu zeigen, dass die Ankunft einer erheblichen Zahl von Migranten und ihre Regularisierung zu positiven Wirtschaftsdaten führen kann.

Migranten: die neuen Sklaven des 21. Jahrhunderts

Nach Angaben der Spanischen Kommission zur Hilfe von Flüchtlingen (CEAR), benötige das Land jedes Jahr die Zuwanderung von 300 000 Personen, um das BIP, die Geburtenrate und das Rentensystem stabil zu halten. Lebten 1998 etwa 630 000 Ausländer in Spanien (davon 42 Prozent aus der EU), sprechen die offiziellen Statistiken heute von 3 691 500 (8,4 Prozent, davon 21,3 Prozent aus der EU).

Einmal am Zielort angelangt, arbeiten die meisten von ihnen in den Nischen des Arbeitsmarktes unter sklavenähnlichen Bedingungen: Schuhproduktion, Landwirtschaft, Lederverarbeitung, Baustellen, Reinigung, Prostitution sowie Hausarbeit.[13] In vielen Fällen ohne Arbeitsvertrag und ohne Sozialversicherung, schuften sie zu Hungerlöhnen, im Durchschnitt 10 bis 13 Stunden am Tag. Dieser Niedriglohnsektor bzw. informelle Arbeitsmarkt erwirtschafte jedoch bereits 23 Prozent des spanischen BIPs (130 Mrd. Euro).[14] Das geltende Ausländergesetz reproduziert diese Situation vielfach. »Während es ein Angebot klandestiner Arbeiter gibt, benutzen das die Unternehmer, um die Kosten zu drücken und die Bedingungen zu verschlechtern«, erklärt die Migrationsbeauftragte der Gewerkschaft UGT, Almudena Fontech. Dieser Sachverhalt hat unter anderem zur Folge, dass durch die prekären Arbeitsverhältnisse die Unfallquote überdimensional ansteigt. (Siehe oben)

Die Arbeitslosenquote unter Migranten ist dreimal so hoch wie beim Rest der Bevölke-

---

Entgeltgruppe. Weitergehende Ansprüche auf Zeitzuschläge bestehen nicht. (...)

In-Kraft-Treten, Mindestlaufzeit, Übergangsregelung

1. In-Kraft-Treten: 1. August 2006
2. Bei abgeschlossenen Sanierungs-/Notlagentarifverträgen, Tarifverträgen zur Zukunftssicherung und anderweitigen Tarifverträgen zur Beschäftigungssicherung, einschließlich Tarifverträge nach dem TVsA, treten die vorstehenden Regelungen erst mit Ablauf der zum Zeitpunkt des Abschlusses des jeweiligen Tarifvertrages geltenden Laufzeit bzw. im Falle einer Kündigung des jeweiligen Tarifvertrages mit Ablauf der Kündigungsfrist in Kraft.
3. Für die Zeit vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Juli 2006 erhalten Ärzte mit dem Entgelt für August 2006 eine anteilige Jahressonderzahlung, wenn sie am 1. August 2006 im Arbeitsverhältnis stehen.
4. Für die Laufzeit gelten die entsprechenden Regelungen des TVöD.

(Quelle: Presseerklärung von ver.di, 1. August. 2006)

Der Tarifabschluss des Marburger Bund (MB)

Am Donnerstag, den 17. August 2006 haben sich die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Marburger Bund (MB) auf einen Tarifvertrag für die Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern geeinigt. (...) Im Einzelnen wurden folgende Eckpunkte vereinbart (siehe untenstehende mb-Tabelle):

Im Tarifgebiet Ost beträgt der Bemessungssatz 95,5 Prozent der Tabellenentgelte. Dieser Bemessungssatz erhöht sich zum 1. Juli 2007 auf 97 Prozent.

Aus diesen Tabellenwerten ergeben sich für die Ärztinnen und Ärzte deutlich verbesserte Einkommen. Durchschnittlich steigen die Einkommen je nach Struktur des Krankenhauses um ca. 10 bis 13 Prozent gegenüber dem TVöD.

Marburger Bund: Entgelttabelle – monatlich in Euro

	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5
Arzt	3 420	3 640	3 760	4 000	4 200
Facharzt	4 450	4 800	5 110	5 300	5 600
Oberarzt	5 650	6 000	AT (freie Vereinbarung)		
Ltd. Oberarzt	6 500		AT (freie Vereinbarung)		

* Werte auf Basis von 40 Stunden/Woche einschließlich Jahressonderzahlung

* Die Tatsache, dass ein Leistungsentgelt für Ärztinnen und Ärzte nicht tarifvertraglich vereinbart worden ist, bedeutet nicht, dass die kommunalen Krankenhäuser bei Ärztinnen und Ärzten auf materielle Leistungsanreize verzichten. Sie können schon in 2007 leistungsdifferenzierende Zielvereinbarungen mit Ärztinnen und Ärzten praktizieren.

Bereitschaftsdienst
Vereinbart wurde eine Erhöhung der Entgelte durch Anhebung der Bemessungssätze sowie eine Vereinfachung der Abrechnung.

Bemessungssätze

Stufe I (bis zu 25 Prozent Arbeitsleistung)	60 Prozent
Stufe II (über 25 – 40 Prozent Arbeitsleistung)	75 Prozent
Stufe III (über 40 – 49 Prozent Arbeitsleistung)	90 Prozent

Stundenentgelte (Tarifgebiet West)

Assistenzarzt	22,30 Euro
Facharzt	27,10 Euro
Oberarzt	30,00 Euro
Ltd. Oberarzt	32,00 Euro

Wochentags sind tägliche Arbeitszeiten einschließlich Bereitschaftsdienst von bis zu 18 Stunden möglich. An Wochenenden und aufgrund von Betriebs-/Dienstvereinbarungen kann die tägliche Arbeitszeit auf bis zu 24 Stunden verlängert werden.

Arbeitszeiterfassung
Hinsichtlich der Arbeitszeiterfassung wurde vereinbart, die Arbeitszeiten der Ärzte durch elektronische Verfahren oder auf andere Art objektiv zu dokumentieren.

Tarifgebiet Ost
Für das Tarifgebiet Ost sind die Tabellenwerte des Tarifgebiets West reduziert um den für das Tarifgebiet Ost gültigen Bemessungssätze (95,5 Prozent; ab 1. Juli 2007 97 Prozent) vereinbart worden.

Dazu der Verhandlungsführer der VKA, Otto Foit: »...Beim finanziellen Gesamtvolumen liegen wir unter dem Abschluss der Länder mit dem Marburger Bund. Wir fürchten jedoch, dass auch dieses Ergebnis die Schmerzgrenze vieler kommunaler Kliniken überschreitet und deren Existenznöte steigern wird.«

Ausdrücklich bekräftigte die VKA ihr Ziel, an den kommunalen Kliniken weiterhin nur mit einem einheitlichen materiellen Tarifrecht zu arbei-

rung. Viele leben in Armut. In den Gemüseplantagen von Almeria oder den Erdbeerfeldern von Huleva nächtigen Migranten unter Plastikplanen, Bauschutt und Holzpaletten. Tausende betteln in Kirchen um Nahrungsmittel, leben in verlassenen Industriegeländen, Fabriken, Containern, Wohnanhängern, Garagen oder in Parks. »19 Prozent der Migranten wohnen in weniger als zehn Quadratmetern, 50 Prozent mieten Zimmer ohne Bad für durchschnittlich 200 Euro im Monat«, so Carlos Pereda in seiner unlängst veröffentlichten Studie »Immigration und Wohnung in Spanien«.

EU-Grenzland

Laut Angaben von Eurostat ließen sich 2003 fast 23 Prozent der in die EU eingereisten Migranten in Spanien nieder. Damit löste es Deutschland in der EU-Rangliste um die höchsten Aufnahmezahlen ab. Die Ursachen liegen u.a. in der geographisch günstigen Lage (14 km zwischen Ceuta und Algeciras, 100 km zwischen Tarfaya und Fuerteventura) und der steigenden Nachfrage nach billigen Arbeitskräften.

Aus dem einstigen Auswanderland wurde ein Vorreiter der EU-Migrationspolitik. Zum einen baute die Regierung das Grenzregime aus, zum anderen regulierte die die Einreise von Arbeitskräften, je nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Parallel dazu beeinflusste Spanien in den letzten Jahren entscheidend die Entwicklung der Politik der Inneren Sicherheit und Justiz der EU. Seitdem 1991 die Schengener Visabestimmungen für Marokko in Kraft traten[15], wurde aus der Meeresenge zwischen Afrika und Europa ein Massengrab, in dem laut Menschenrechtsorganisationen in den letzten 15 Jahren mehr als 5 000 Menschen ertranken.

Spanien fordert von der EU seit Jahren vehement Mittel und politische sowie juristische Initiativen, um die nationalen Kosten der »Grenzsicherung« auf alle Unionsmitglieder abzuwälzen. »Die Bewachung der Grenzen ist keine nationale, sondern eine EU-weite Angelegenheit«, so der ehemalige Regierungsbeauftragte für Migration, Ingnacio Gonzales, »dessen Kosten es gilt, gemeinsam zu bestreiten«[16]. Die EU-Kommission finanziert mittlerweile mit mehreren Millionen Euro den Aufbau einer Europäischen Agentur, um die Zusammenarbeit an den Außengrenzen zu verbessern bzw. die Abschiebungen EU-weit zu regeln. Außerdem verlagerte die spanische Regierung die Schengengrenzen weiter nach Süden, um die Weiterreise von Migranten aus Ländern südlich der Sahara bereits in den Maghrebstaaten selbst zu bremsen. So wurden die betreffenden Behörden dieser Staaten direkt in die Verwirklichung der europäischen Abschottungspolitik eingebunden.

Marokko z.B. folgte den spanischen Forderungen, aktivierte seine Grenzpolizei, eröffnete ein Überwachungszentrum der Migrationsbewegungen, das in Koordination mit dem Außen-, Innen- und Finanzministerium »alle Informationen zusammenträgt und Vorschläge zur Eindämmung des Phänomens erarbeitet«. Seit 2004 patroullieren marokkanische und spanische Polizisten und Soldaten auf dem Seeweg zwischen El Aaiun und Fuerteventura bzw. in der Meerenge von Gibraltar. Marokko verwandelte sich damit in ein »Auffanglager« der EU. Menschenrechtsorganisationen erwarten schon seit geraumer Zeit, dass sich dadurch die Situation afrikanischer Flüchtlinge verschlechtert, weil die sozialen Konflikte in Marokko auf dem Rücken der Migranten ausgetragen werden. Die Tragödie an der Grenze zwischen Marokko und Ceuta bestätigte diese Ängste. Im Oktober letzten Jahres töteten spanische und marokkanische Sicherheitsbeamte mehrere Flüchtlinge, als sie versuchten den Grenzzaun zwischen beiden Staaten zu überwinden. Auch die Militarisierung der Region, die willkürlichen Abschiebungen sowie die Repression gegen die einheimische Bevölkerung werden mit Hilfe der spanischen »Kooperation« in Sachen »Migrationskontrolle« zunehmen. Die spanische Regierung finanziert marokkanische Abschiebezentren und benutzt die Entwicklungshilfe zur Aufrüstung und Modernisierung der marokkanischen Polizei.[17] Ganz im Sinne der britischen und deutschen Regierung, außerhalb der EU »Zentren zur Asylbearbeitung« einzurichten, um die »Flüchtlingsströme von den EU-Grenzen fernzuhalten«.

Schlechte Aussichten

Unter der scheinbar »idyllischen« Oberfläche des »spanischen Wunders« stecken eine Reihe sozialer und ökologischer Probleme. So verbreiten sich in immer größeren sozialen Bereichen äußerst prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Die soziale Ausgrenzung sowie die Gewalt unter Jugendlichen nimmt zu, und die Anzahl der Häftlinge hat sich in zwanzig Jahren verdreifacht.

Den spanischen Behörden bereitet außerdem die zukünftige Verteilung der EU-Fonds Sorgen. Nach der EU-Erweiterung 2005 werden diese für das Mittelmeerland bedeutend sinken. Bisher erhielt es mehr als ein Viertel der EU-Struktur- und Kohäsionsfonds sowie 15 Prozent der Agrarsubventionen. Mit der anstehenden Mittelstreichung ab 2013 wird Spanien dann neuen Problemen begegnen müssen. Dass sich die wirtschaftliche und soziale Situation bis dahin verschlechtert hat, ist kein Geheimnis mehr, auch wenn die großen Unternehmen alle drei Monate Gewinne melden.

Anmerkungen:

1) *Die Automobilfirma Seat wurde mit 300 Millarden Peseten saniert und dann für 80 Millarden Peseten an Volkswagen verkauft.*
2) *Transport, Telekommunikation, Energie*
3) *Der Anteil der Auslandsinvestitionen am BIP betrug im Jahr 2000 ganze 35,9 Prozent, ist seitdem aber fallend. Vgl. El País-Negocios vom 2. Januar 2005.*
4) *Die sog. »Goldene Banane« bezeichnet die europäischen Regionen von Südengland-London über Nordfrankreich-Paris, Beneluxstaaten, Süddeutschland-Frankfurt und Norditalien.*
5) *Allein im Bereich Textil lassen heute 300 spanische Firmen ihre Produkte in Marokko herstellen.*
6) *2005 sollen nach statistischen Angaben 548 300 neue Arbeitsstellen geschaffen worden sein (die höchste Ziffer seit 1998).*
7) *Genauer: einer von sieben neuen Verträgen!*
8) *Männer: 22 196,16 Euro; Frauen: 15 767,56 Euro*
9) *Acht von zehn Firmen haben nur zwei oder weniger Beschäftigte. Vgl. Nationales Statistikinstitut, 2005*
10) *Seit 1985 multiplizierte sich der Umsatz um 88. In den ersten 10 Monaten des Jahres 2004 wurden an der Madrider Börse 530 Milliarden Euro bewegt. Vgl. El País-Negocios vom 2. Januar 2005*
11) *Zwischen Juni und Juli 2005 hätten sich 14 557 Personen arbeitslos gemeldet. Mitten in der Tourismussaison ist das ein schlechtes Zeichen, da das Tourismusgeschäft mehr als 11 Prozent des BIP ausmacht. Außerdem wurden im Jahr 2005 insgesamt 304 000 weniger Kraftfahrzeuge hergestellt. In einem Sektor, der 10 Prozent der Erwerbstätigen und 8 Prozent des BIP ausmacht.*
12) *Vgl. TAIFA – Seminario de economía crítica: La situación actual de la economía española. Barcelona, 2005*
13) *Dossier campaña de la fresa en Huelva, movilizaciones de immigrantes y encierro en la Universidad Pablo de Olavide-Sevilla, 2003*
14) *Fundación de Cajas de Ahorros Confederadas (FUNCAS): Papeles de la Economía Española, 2003*
15) *Die sozialdemokratische Regierung verabschiedete 1985 das Ausländergesetz 7/85 und unterzeichnete den Schengener Vertrag, der aber erst am 25. Juni 1991 in Kraft trat.*
16) *El País vom 26. Oktober 2003*
17) *Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucia: El Estrecho: la muerte de perfil. Los derechos humanos y la inmigración clandestina, Sevilla, 2003*

An die des Fort

Slave Cubela zum

Man stelle sich vor, es gelänge, innerhalb einer Gesellschaft oder einer Epoche die Hoffnung auf und das Eintreten für eine andere, bessere Zukunft überflüssig zu machen, indem man den Anschein erweckte, dass diese Zukunft bereits in die Gegenwart hineinverlegt sei. Man stelle sich darüber hinaus vor, dass es gelänge, diese Gesellschaft oder Zeit als getrennt von ihrer Vergangenheit darzustellen, so dass diese Vergangenheit dem Vergessen oder der bloßen Verzierung der Gegenwart überantwortet werden könnte. Ohne Zweifel wären dies ungemein stabile Verhältnisse und Zeiten, in denen Zukunft und Fortschritt als in der Gegenwart bereits verwirklicht erschienen und in denen der Vergangenheit die Fähigkeit abgesprochen wäre, die Gegenwart über sich aufzuklären und zu verunsichern.

Man könnte dies als bloßes Gedankenspiel bezeichnen, doch wie weit sind wir zur Zeit tatsächlich noch von einer solchen Gegenwart ohne Vergangenheit und Zukunft entfernt? Ist es inzwischen nicht banal, auf die völlige Marginalisierung des Engagements für eine Überwindung der bürgerlichen Verhältnisse als Kennzeichen eben dieser Verhältnisse zu verweisen? Gelingt es darüber hinaus den herrschenden politischen und sozialen Institutionen sowie deren Meinungsmachern nicht sehr gut, die jeweils eigene Politik und Praxis als die fortlaufende Realisierung des Verbesserungsmöglichen darzustellen, so dass auch innerhalb der bestehenden Verhältnisse die Gegenwart jede bessere Zukunft immer schon auszuschöpfen scheint? Und ist die Bewältigung der Vergangenheit nicht nur in Deutschland nicht bereits soweit gelungen, dass historische Kontinuitäten bestenfalls als »interessant« erscheinen und vergangene emanzipative Hoffnungen und Kämpfe heute zumeist nur noch dem Geltungsinteresse mehr oder weniger rückgratloser Wissenschaftler und Journalisten dienen?

Müde Erinnerung

Innerhalb solcher Rahmenbedingungen den siebzigsten Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkriegs zu begehen, fällt dementsprechend schwer. Sicher, man könnte die historischen Fakten in Erinnerung rufen wie etwa die 150 000 bis 200 000 umgebrachten Republikaner. Man könnte den Internationalismus, aber auch die Uneinigkeit der Linken in Spanien ein weiteres Mal diskutieren, um

Seit mehr als 25 Jahren

spw

spw 143 – „**Job-Gipfel**" u.a. mit Beiträgen von

Joachim Schuster: Beschäftigungsversicherung als Antwort auf die moderne Arbeitsgesellschaft

Stefan Gran: Europäische Mindestlohndebatte

Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Arbeitsmarktpolitik in der Region Köln

Claudia Wiesner: Sozialstaat und Arbeitsmarkt

Kostenloses Probeheft: www.spw.de

... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

ten. Deshalb sei man bestrebt, die Vereinbarungen mit dem Marburger Bund auch in den mit ver.di und dbb tarifunion abgeschlossenen krankenhausspezifischen Tarifvertrag einvernehmlich zu integrieren. »Wir wollen Verhältnisse vermeiden, in denen sich verschiedene Gewerkschaften an den Kliniken mit den Streiks abwechseln und so für dauerhafte Einschränkungen bei der Versorgung der Patienten sorgen«.

(Quelle: Presseinformation der VKA, Düsseldorf, 17. August 2006)

Klassenloses Krankenhaus?

Soziale Infrastruktur und Gesundheitsversorgung – ein Diskussionsbeitrag von Nadja Rakowitz*

Ob unter dem Stichwort »Grundsicherung«, »Existenzgeld«, »Mindesteinkommen«, »soziale BürgerInnenrechte« o.a.: Seit längerem verfolgen wir im express die Debatte, welche Ansatzpunkte und Alternativen zur gegenwärtigen Verfasstheit der sozialen Sicherungssysteme denkbar sind – oder gar praktiziert werden. Im Oktober 2003 hatten wir das Konzept der sozialen Infrastruktur[1], entstanden aus Diskussionen in der Redaktion des »links-netz«, dokumentiert und seither eine Reihe von Kommentaren dazu veröffentlicht. Auf Einladung des links-netz hatte Nadja Rakowitz nun die Gelegenheit, mit der Redaktion über die Kritik der gegenwärtigen Verfasstheit des Gesundheitssystems und Schlussfolgerungen aus selbiger für das Konzept der sozialen Infrastruktur zu diskutieren. Das für den express leicht überarbeitete Thesenpapier, das diese Diskussion aus Sicht der Autorin zusammenfasst, lässt sich auch als erster Einstieg in eine Debatte darüber verstehen, wie Gesundheit jenseits der ökonomischen Bornierungen der derzeitigen Politik, und das heißt auch: jenseits der Verkürzungen, wie sie sowohl bei ver.di als auch beim Marburger Bund zum Ausdruck kommen, wieder als gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen wäre. Wir laden ein zur Kritik und Konkretisierung:

PatientInnen

Die zentrale Frage ist hier: Wie ist mehr Aufklärung möglich? Denn, und dafür gibt es genügend Beispiele und hinreichend Erfahrungen, klar ist, dass mehr Transparenz über Diagnose, Therapie etc. hergestellt werden muss. Dabei kann man nicht, wie das vielfach getan wird, unmittelbar auf die bereits existierenden Patienten(selbsthilfe)gruppen rekurrieren, denn diese sind zum einen selbst bevorzugtes Zielobjekt der Pharmaindustrie, und arbeiten zum anderen oftmals gerne mit der Pharmaindustrie zusammen, weil sie von dieser finanzielle Unterstützung erhalten und weil sie bisweilen eben auch dem Glauben aufsitzen, dass neuere teurere Medikamente immer auch die besseren seien. Hier wäre also sehr genau hinzuschauen, auf welche Patienten(selbsthilfe)gruppen man sich be-

»Quellen« schritts

Erinnern an den spanischen Bürgerkrieg

innerhalb des breiten Interpretationsspektrums hierzu Position zu beziehen. Man könnte auf die unheilvolle Verwicklung Deutschlands verweisen, die ja nicht nur darin bestand, dass das dritte Reich den Francisten entscheidend zum Sieg verhalf, sondern die in den siebziger Jahren mit besonderer Hilfe der SPD und der hauseigenen Ebert-Stiftung dafür sorgte, dass die Nelkenrevolution in Portugal und das Ende des Franco-Regimes keinen weitergehenden Linksdrall annehmen konnte. Man könnte auf die großen individuellen Tragödien eingehen, die die Niederlage der Republik für so viele Spanier bedeutete und die erst kürzlich durch die ersten Öffnungen der vielen Massengräber mit republikanischen Opfern wieder in den Blickpunkt der breiteren Öffentlichkeit gelangten. Allein: all dies verbleibt in einem klar abgesteckten, ritualisierten Rahmen der Erinnerungsarbeit, den nicht einmal linke Publikationen wie die »junge welt« durchbrechen (vgl. den Artikel von Gerd Bedszent vom 15. Juli 2006) und dessen versteckte Motivation der Referent der Ebert-Stiftung (!) Patrik von zur Mühlen pars pro toto im »Freitag« vom 7. Juli 2006 offen legt, wenn er schreibt: »Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa einerseits und dem Ende der Diktatur in Spanien andererseits erlosch das Interesse am Spanischen Bürgerkrieg. Die Fronten des alten Spaniens haben sich aufgelöst, und mit dem Ende der kommunistischen Parteien sind auch die Ahnengalerien bedeutungslos geworden, gleiches gilt auch für die Falangisten und andere Kräfte, auf die Franco sich stützte. Sie sind zu Sekten geschrumpft, ihre Ideologien gelten auch im rechten Rand als verstaubt. Politische Faszination vermag der spanische Bürgerkrieg kaum mehr zu entfalten (...).«

Quellen statt Dürftigkeit

Dürftige Zeiten, dürftige Erinnerungen, so müsste man jetzt schließen – bestünde da nicht die stete Möglichkeit, sich jenseits gegenwärtiger Abnutzungen und Ermüdungen durch zeitnahe Quellen selbst mit der Vergangenheit in Beziehung zu setzen. Tatsächlich findet sich hierfür in der edition tranvia des Walter Frey-Verlages erneut eine besonders interessante Gelegenheit durch die Wiederauflage des Augenzeugenberichts von Hanns-Erich Kaminski »Barcelona – Ein Tag und seine Folgen«. Obgleich Kaminskis Buch ohne Zweifel im Schatten der bekannteren literarischen Auseinandersetzungen mit dem Spanischen Bürgerkrieg durch Orwell, Hemingway, Aragon, Brandt oder Borkenau stand und steht – so dass es nach seiner französischen Erstausgabe von 1937 erst 1986 ins Deutsche übersetzt wurde und die Auflage von 2004 die zweite deutschsprachige Auflage überhaupt ist, wird beim Lesen sehr bald klar, dass Kaminskis Bericht aus zwei Gründen ein äußerst feines Werk ist.

Erstens, weil es Kaminski gelingt, durch ein enges, vielgestaltiges formales Geflecht aus Erfahrungsberichten, Interviews, aktuellen Analysen und historisch-politischen Exkursen ein lebendiges Bild der Situation in Katalonien zwischen Juli 1936 und April 1937 zu zeichnen, das auch dem heutigen Leser einen intensiven und über weite Strecken vergleichsweise

ungefilterten Blick zurück ermöglicht. Zweitens wiederum ist Kaminskis Sympathie für die Republikaner und die Revolution zwar allgegenwärtig, sie führt aber nie dazu, dass er Widersprüche und Probleme auf Seiten der Republikaner schönredet oder gar leugnet. Im Gegenteil. Das Interview mit der Gesundheitsministerin Federica Montseny, die, obgleich Anarchistin, die Existenz der Frauenfrage in Katalonien leugnet und darüber hinaus eine besonders ausgeprägte Mütterlichkeit und Mutterfreude bei den katalanischen Frauen konstatiert, schließt Kaminski, indem er ironisch an all die Beschreibungen erinnert, in denen die Anarchisten als »Verfechter der Immoralität« und »Zerstörer aller menschlichen Werte« dargestellt wurden. Beim Besuch der republikanischen Justiz und politischen Polizei verschweigt er nicht die teilweise drakonischen Urteile für vergleichsweise geringe Vergehen, wie etwa den Fall eines Republikaners, der für einen einfachen Diebstahl die Todesstrafe erhielt. Auch die massiven Versorgungsprobleme aller Art sowie die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind mehr als einmal Gegenstand seiner Ausführungen. In der vielleicht wichtigsten Passage seines Buches nutzt Kaminski schließlich den Besuch an der Bürgerkriegsfront, um abseits jeder Kampfromantik mit einiger Skepsis die weitreichenden Folgen der notwendigen Militarisierung der spanischen Revolution – nämlich Hierarchisierung und Disziplinierung – für die Zukunft derselben zu reflektieren.

Hanns-Erich Kaminski: »Barcelona: Ein Tag und seine Folgen«, mit einem Vorwort von Walther L. Bernecker, aus dem Französischen von Gudrun Hunsche, 2. Auflage, Berlin 2004 (1. Auflage 1986), 202 Seiten, ca. 18 Euro, ISBN 3-925867-74-0

Soziale Leidenschaft

Mindestens ebenso wichtig wie diese beiden Aspekte ist jedoch folgendes: Je länger man Kaminski durch das revolutionäre Katalonien folgt, desto deutlicher beginnt man zu verstehen, dass der spanische Bürgerkrieg in den heute so einfach scheinenden politischen und sozialen Positionierungen keineswegs aufgeht. Denn, wie Kaminski feststellt: »Nein, das ist kein politischer Kampf, in dem verführte und halbblinde Massen irgendwelchen Befehlen gehorchen, und ebensowenig ein Bauernaufstand, der sich nur gegen Aufseher und Zinseintreiber richtet. Dies ist eine Revolution aus dem tiefsten Inneren des Volkes. In ihr kommt heute zum Ausbruch, was seit den Scheiterhaufen der Inquisition im Herzen Spaniens ruhte.« (S. 74) Mit anderen Worten: Republikanismus, Kommunismus, Anarchismus etc. sind nur das reflektierte, ideell überformte Ende eines lange währenden Prozesses von Demütigungs- und Gewalterfahrungen der spanischen Arbeiter und Bauern durch die herrschenden Verhältnisse und Klassen. Die politischen und sozialen Ideen sind also auch hier keine Leidenschaft des Kopfes, sie sind der Kopf der sozialen Leidenschaft, deren Bedeutung sich dem unaufmerksamen, an den politischen Phänomenen hängenden Betrachter eben deshalb häufig verschließt, da die Alltäglichkeit des Leidens dieses zum einen versteckt und zum anderen über lange Phasen auf Seiten der Leidtragenden nur Demut und Resignation zu produzieren scheint.

Dies vor Augen wäre die erstarrte Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg und insbesondere die Leugnung seiner Aktualität zweierlei: einerseits die Unfähigkeit, gegenwärtige Demütigungs- und Gewalterfahrungen der Beherrschten zu denen vergangener Zeiten in Beziehung zu setzen und andererseits das Bemühen, diese sozialen Klassen als passive und formbare Masse festzuschreiben. Doch die soziale Leidenschaft mag viele überflüssige Wege gehen, Verzweiflung, Trotz und emanzipative Hoffnung mögen sich immer wieder ausschließen, aber wenn sie zueinander finden, wenn sie auf einmal Reflexion, Aktion und Phantasie der Beherrschten befüttern, dann, und nur dann, entsteht die Bedingung der Möglichkeit echten Fortschritts. Dies am Beispiel des spanischen Bürgerkriegs verdeutlicht zu haben, darin besteht die Leistung Kaminskis. Hierfür ein großes historisches Beispiel gegeben zu haben, ist der Grund, warum die spanischen Arbeiter und Bauern über ihre unmittelbare Niederlage hinaus gesiegt haben und eine andere Form der Erinnerung verdient haben.

Aus der Biographie Kaminskis:

Hanns-Erich Kaminski, als Sohn jüdischer Kaufleute 1899 in Labiau (Ostpreußen) geboren, hatte Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Philosophie und Literatur studiert und 1922 in Heidelberg eine Dissertation »Zur Theorie des Dumping« vorgelegt. 1925 erschien sein erstes Buch »Fascismus in Italien. Grundlagen, Aufstieg, Niedergang«, dem längere Italienaufenthalte vorausgegangen waren. Kaminski sprach u.a. italienisch, französisch und spanisch. Bereits seit Anfang der 20er Jahre und bis zu seiner Emigration aus Deutschland Anfang 1933 war er außerdem als Journalist für Zeitschriften unterschiedlicher politischer Provenienz tätig, u.a. für die Volkszeitung, die Vossische Zeitung, die Berliner Illustrierte Zeitung, die Volksstimme und vor allem die Weltbühne, und stand in engem Kontakt mit deren Herausgebern Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky, Fritz Sternberg und Hellmuth von Gerlach, die als »unproletarische Literaten« galten. Von seinem Pariser Exil aus, wo er sich an Volksfrontbündnissen beteiligte und im »Lutetia-Kreis«, einem antifaschistischem Bündnis unter Vorsitz von Heinrich Mann, mitarbeitete, war Kaminski 1936 nach Barcelona gereist. In den 20er Jahren noch skeptisch gegenüber der anarchistischen Bewegung in Deutschland (»Kinder, die, selbst wenn sie eine Märtyrerkrone tragen, noch lange keine Erwachsenen werden«) und vor allem gegen Ende der Weimarer Republik ein klarer Verfechter einer Einheitsfront von SPD und KPD, änderte sich dies mit seiner wohlwollenden Studie über die Rolle der Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, ohne dass Kaminski seine Sympathien für eine »sozialistische Revolution« aufgegeben hätte. 1937 erschien sein »Bericht Ceux de Barcelona« in Paris. 1941 emigrierte er über Portugal nach Argentinien, wo er 1963 starb. Ausführliche Angaben zur Biographie Hanns-Erich Kaminskis enthalten zwei Texte von Sabine Bétoulaud und Wolfgang Haug auf der Homepage der edition tranvía. K.H.

ziehen oder mit welchen man zusammenarbeiten könnte.

Die Aufhebung des patriarchalen Arzt-Patienten-Verhältnisses kann nicht in einem Kundenverhältnis zu suchen sein, da dieses das wesentliche Moment von Krankheit unterschlägt, nämlich die Ungleichheit und die Unfreiheit des Patienten. Vielmehr müsste es um *Aneignung von Kompetenzen* gehen auf der einen Seite und auf der anderen Seite um die Herstellung von gesellschaftlichen Bedingungen, innerhalb derer es möglich ist, schwach und auf Hilfe angewiesen zu sein, ohne zusätzliche Nachteile zu erfahren und bloß Objekt zu sein. Dieses Problem ist über das Arzt/Patient-Verhältnis hinaus auch und schon bei der Mediziner-Ausbildung zu thematisieren – dazu unten mehr.

In diesen Kontext gehören m.E. auch Diskussionen über die Möglichkeit einer *»Bedarfsmittlung von unten«*. Als Beispiel für eine solche Bedarfsermittlung im Betrieb bzw. allgemeiner an den Arbeitsplätzen könnte man auf die Erfahrungen aus der italienischen Arbeitermedizin der 70er Jahre und deren Fortentwicklung u.a. in kanadischen und brasilianischen Gewerkschaften verweisen. Auch in der Bundesrepublik gibt es hier in jüngster Zeit Versuche, mit betrieblichem Gesundheitsmapping die Beschäftigten aus ihrer Objektrolle herauszuholen, so dass sie sich selbst wieder zu den »Experten« machen, die sie jenseits der naturwissenschaftlich-medizinischen Verkürzungen des Blicks oft schon sind. Dies heißt immer auch, dass Aufklärung sich nicht nur auf die Krankheit als Phänomen, sondern auf deren betriebliche und gesellschaftliche Verursachungszusammenhänge bezieht.

Organisation der Finanzierung

Vor- und Nachteile einer Steuerfinanzierung des Gesundheitswesens sind abzuwägen. Über eine Steuerfinanzierung könnte mehr Gleichheit hergestellt werden, allerdings hängen die Finanzen unmittelbarer von den politisch Herrschenden ab. Grundsätzlich stellt sich hier natürlich die Frage, warum man diese nicht unter Kontrolle haben sollte, wenn solch umwälzende Konzepte wie das der »Sozialen Infrastruktur« schon durchgesetzt sein sollten – aber dies verweist eher auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen von Reformkonzepten, die hier diskutiert werden müssten.

In Bezug auf die Steuer-Finanzierung stellt sich natürlich auch die Frage nach der Art der Steuern: Wen trifft welche Steuer wie, welcher Zweckbindung unterliegen Steuern etc.? Die Rezeption von Erfahrungen mit dem *National Health System* in Großbritannien könnte hier dienlich sein. Spätestens hier spielt dann das zugrunde liegende Staatsverständnis eine Rolle, wobei vor allem die in vielen linken Konzepten zum Ausdruck kommende Illusion des neutralen Staats diskutiert werden müsste.

Eine andere Variante der Finanzierung und Organisation wäre die eines Ambulatorien-Modells von Krankenkassen, wie es in den 20er Jahren von den Sozialistischen Ärzten diskutiert wurde. Wenn, wie aktuelle Vorschläge in der Gesundheitspolitik dies nahelegen, ohnehin davon ausgehen ist, dass die Arbeitgeberbeiträge entweder »eingefroren« oder – die konsequentere Variante – ausbezahlt und in Zukunft per Tarifauseinandersetzungen verhandelt werden sollen, wäre zu überlegen, ob die Versicherten bzw. die Arbeitnehmer (und Arbeitslosen – eben alle, die bislang gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen) nicht gleich ihr Gesundheitswesen selbst organisieren. Das würde bedeuten, zu den Ursprüngen der Krankenkassen zurückzugehen und sie als Selbsthilfeverein der Arbeiterklasse (d.h. einbezogen sind alle, die potentiell ihre Arbeitkraft zum Verkauf anbieten, Arbeitslose etc.) zu organisieren. Diese Selbsthilfekassen wären dann regional organisiert (mit Risikostrukturausgleich) und könnten vor allem ihre eigenen Ärzte anstellen. Zu diskutieren wäre hierbei natürlich auch die Illusion bzw. der Wunsch nach einer Arbeiterbewegung, die so im Moment nicht existiert. Innerhalb des Modells der sozialen Infrastruktur, das – wenn ich es richtig verstanden habe – nicht an einer Arbeiterbewegung orientiert ist, müsste dies dann anders diskutiert werden: zivilgesellschaftlich, multitudisch oder wie auch immer...

Pharma- und Großgeräteindustrie

Damit wäre man sofort beim nächsten Terrain. Eine Diskussion über ein alternatives Gesundheitssystem müsste sich um die Pharma- und medizinische Geräteindustrie kümmern. Forderungen und Ideen sind dabei auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen angesiedelt. Die Pharmaforschung mindestens muss staatlich organisiert und darf nicht abhängig von wirtschaftlichen Interessen sein, sie muss entsprechend von unabhängigen Instanzen kontrolliert werden. Die längst überfällige »Posi-

»Parallelgesellschaft« – aber anders

Mehr als eine Filmbesprechung – Anne Allex über besetzte Fabriken in Venezuela

Entlang eines neuen Dokumentarfilms von Dario Azzellini und Oliver Ressler stellt Alle Allex fünf von Arbeitern kontrollierte Fabriken in Venezuela vor.

Anders als in Argentinien werden diese sozialen Experimente von der Regierung (noch) unterstützt.

Seit 2003 hält die so genannte »bolivarische Revolution« langsam auch Einzug in die Fabriken. Venezuela gehört nicht zu den hochindustrialisierten Ländern, es besitzt zwar Rohstoffe, verfügt aber nicht über eine entwickelte materiell-technische Basis, um diese selbst zu veredeln. Entsprechend muss z.B. Rohöl billig exportiert werden, da hinreichende Raffinerie-kapazitäten zur Weiterverarbeitung fehlen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat die venezolanische Ökonomie in einen Torso verwandelt, entsprechend ungeschützt ist das Land Weltmarktschwankungen ausgesetzt. Rund 80 Prozent der Bevölkerung galten vor 2003 als arm, doch 72 Prozent der im Lande hergestellten Lebensmittel wurden exportiert.

Diesen Weg will Venezuela nicht mehr weitergehen und versucht eine unabhängige eigene Ökonomie aufzubauen. Der venezolanische Staatspräsident Hugo Chávez Frias rief 2003 dazu auf, die Produktion per Arbeiterkontrolle selbst in die Hand zu nehmen, stillgelegte Betriebe zu besetzen, Missmanagement aufzudecken und zu beenden, sowie kapitalistische Unternehmer zu enteignen.

Dies sei die einzige Möglichkeit, aus dem, was die VenezolanerInnen haben, mehr zu machen, meint der Filmemacher Dario Azzellini. Er hatte seinen Film über besetzte Fabriken in Venezuela am »Roten Abend« der »Internationalen KommunistInnen« im traditionsbehafteten Versammlungslokal der Autonomen »Zielona Gora« vorgestellt. Zur Filmpräsentation im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain waren am 5. Juli mehr als 60 vor allem jüngere Leute gekommen, darunter viele Frauen. Trotz 36 Grad Hitze und in Konkurrenz zum WM-Halbfinale galt ihre bemerkenswerte Aufmerksamkeit der Arbeiterkontrolle in Venezuela. Ein gutes Zeichen.

Der Film zeigt den neuen ökonomischen Weg der venezolanischen Gesellschaft. Am Beispiel der Reaktivierung so unterschiedlicher Betriebe wie einer Aluminiumhütte, eines Textilunternehmens, einer Tomatenfabrik, eines Kakaoprojektes und eines Papierbetriebes, die unter Arbeiterkontrolle in Selbstverwaltung bzw. unter »Mitverwaltung« geführt werden, wird deutlich, dass und wie venezolanische ArbeiterInnen sich von einer überwiegend exportorientierten Wirtschaftspolitik ab- und einer »endogenen« Entwicklung zuwenden. Letzteres bedeutet die Entwicklung von regionalen Potenzialen rund um die jeweiligen Betriebe herum. Was zunächst wie – auch hierzulande propagierte – Wachstumskonzepte der »Regionalisierung« klingt, geht doch über diese hinaus: Auf der ökonomischen Ebene fördern die Betriebe die Produktion von Rohstoffen, deren Verarbeitung im regionalen Umfeld durch entsprechende Kooperationsbeziehungen sowie Vertriebsnetze. So werden z.B. stillgelegte Flächen neu bepflanzt und Nahrungsmittelrohstoffe produziert, die als Lebensmittel für die lokale Versorgung dienen, regionale und überregionale Kooperationsbeziehungen werden nicht nur für die Verarbeitung, sondern auch für den Vertrieb genutzt, und es entstehen neue Arbeitsplätze.

Den im Film vorgestellten Betrieben geht es jedoch um mehr: Sie wollen Teil einer »sozialen Produktion« werden. Die Gewinne sollen nicht einfach zur Akkumulation und Effektivierung der Produktion genutzt werden, sondern zur Entwicklung der Gemeinden rund um die jeweiligen Betriebe. So finanzieren die Betriebe die kostenlose Gesundheitsversorgung, die Bildung und Ausbildung, sie kümmern sich um die Versorgung für die Kinder der ärmeren Gemeindemitglieder, und sie leisten solidarische Hilfestellung für neu besetzte Betriebe und deren Belegschaften.

Die neue Ökonomie beginnt mit der Besetzung von stillgelegten Unternehmen, die inzwischen von ihren Belegschaften betrieben werden. Und was dort vor sich geht, soll im Folgenden vorgestellt werden:

»Politische Unternehmenskultur« in der Aluminiumhütte

Die Aluminiumhütte Alcasa, die der *Corporación Venecolana de Guayana (CVG) Holding*, einem Konglomerat von 16 Unternehmen angehört, ist dem neuen Ministerium für Bergbau unterstellt und beschäftigt etwa 2 700 ArbeiterInnen. 2004 forderte Chavéz die Mitverwaltung der Unternehmen und bestellte Carlos Lanz zum Präsidenten von Alcasa. Mitverwaltete Unternehmen sollen mit der jahrzehntelang zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften praktizierten Klassenkollaboration brechen und andere Produktionsverhältnisse entwickeln. Ausdruck dessen sind die neu gewählte Leitung, die gemeinsame Entscheidung über die Produkte und die gemeinsame Organisation der Produktion. Auf diese Weise entsteht eine neue, politische Unternehmenskultur.

Drei gewählte Personen stellen die Betriebsleitung. Sie arbeiten mit »offener Tür« zu den ArbeiterInnen, nehmen Vorschläge etwa zum Produktionsgeschehen auf und stellen damit Entscheidungen auf eine breitere Basis. Das ›Triumvirat‹ wird von unabhängigen Komitees kontrolliert und ist jederzeit abwählbar. In der Aluminiumhütte gibt es 300 gewählte Kollektivsprecher, die gemeinsam arbeiten, forschen, entwickeln und Vorschläge aus den Kollektiven vorstellen. Sie sind das Bindeglied zwischen der Arbeiterversammlung, den Komitees und der Leitung. Leslie E. Turmero aus der Betriebsleitung berichtet, dass sie nach der Wahl zunächst zu einer Situationsanalyse des Werkes aufgerufen hätten. Mit den daraus entstandenen Entscheidungen und dieser Form der Selbstverwaltung habe das Werk bisher hohe Produktionserfolge erzielt.

Gonzales Maestre, erster Sprecher und Supervisor, berichtet über die Verbesserung des Arbeitsumfeldes: Seit der Selbstverwaltung werde weniger Chlor verwendet, die Produktion sei umweltfreundlicher geworden, neue Maschinen, z.B. Kühltürme, wurden gekauft. Auf Grund der Bildungsmöglichkeiten für ArbeiterInnen habe sich auch die Arbeitsqualität selbst verbessert. Arbeiterinnen schließen die Mittelschule ab, besuchen Ingenieursschulen oder schreiben sich für anspruchsvollere Studiengänge ein. Maestre meint, dass sie dadurch in der Lage seien, die Verfassung Venezuelas hinsichtlich der Mitbestimmung der Arbeiter an der Produktion zu konkretisieren. Die Beschäftigten sähen sich zwar oft mit Umweltproblemen, technologischen, organisatorischen sowie bürokratischen Schwierigkeiten konfrontiert, doch bei allen überwiege das politische Interesse an der Sache.

Die Aufgabe des Präsidenten von Alcasas besteht darin, die »endogene Entwicklung« und die »Mitverwaltung« zu unterstützen. Obwohl Carlos Lanz staatlicherseits in sein Amt bestellt ist, unterstützt ihn die neue Betriebsleitung. Zwar hätte er auch selbst die Befugnis, die Betriebsleitung zu benennen, doch Gebrauch machen wolle er davon nicht, weil für ihn die Entwicklung der Arbeiterkontrolle und der Mitverwaltung vorrangig sei. Mitverwaltung beinhaltet Mitbestimmung und Mitverantwortung – und das muss gelernt werden.

Marivit López ist verantwortlich für die Umsetzung der »endogenen Entwicklung«. Das Staatsunternehmen produzierte bis zu 80 Prozent für den Export – diese Entwicklung gelte es umzukehren. Unternehmen und Industrien im eigenen Land sollen mit ihren Produkten unterstützt werden. Das Aluminium soll vor allem in randständige Regionen weitergeleitet werden, um dort die aluminiumverarbeitenden Kooperativen, z.B. zur Produktion von Kleinbussen oder im Energiesektor zu fördern. Alcasa versteht sich als »soziales Unternehmen«. Vor den Toren der Fabrik wurde ein Ausbildungszentrum für arbeitslose Bauarbeiter geschaffen. Die Arbeitslosen, die früher mitgekämpft haben, auch in den Gewerkschaften, haben sich in Folge ihrer Armut und der sozialen Ausgrenzung teilweise mafiaartig organisiert. Das Ausbildungszentrum soll ihnen neue Perspektiven bieten.

»Eigene Beziehungen entwickeln« in der Textilproduktion

Das Textilunternehmen *Textileros del Táchire* in San Christobal produziert mittlerweile wieder auf altem Niveau. Dulfo Guerrero, ein Koordinator des Werkes, stellt klar, dass das Unternehmen 1997 nicht etwa wegen wirtschaftlicher Ursachen, schlecht funktionierender Produktion oder Rohstoffmangels geschlossen wurde, sondern in Folge der Vernachlässigung durch seinen Besitzer. Der hatte das Unternehmen als Pfand benutzt, um Darlehen aufzunehmen. Das Geld kam jedoch im Unternehmen nie an, sondern wurde solange umgelenkt, bis die Betriebsschulden das Unternehmenskapital weit überstiegen und unbezahlbar wurden. Anschließend wurde das Unternehmen geschlossen und alle ArbeiterInnen entlassen, ausstehende Löhne wurden nicht gezahlt.

Deshalb, so José del Carmen, Koordinator für Bildung und soziale Entwicklung, sei das Unternehmen als eines von (damals, d.V.) 75 Unternehmen von den ArbeiterInnen selbst wieder in Gang gesetzt worden. Der Betrieb hatte vier Jahre lang stillgelegen, aber Chávez' Aufruf, dass sich die ArbeiterInnen in Kooperativen organisieren sollten, ermutigte diese, damit vor Ort zu beginnen. Nun ist das Textilunternehmen ein selbstverwalteter Betrieb. Er läuft, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regierung einen Kredit bewilligt hat. Er soll zwar erst in acht Jahren abbezahlt sein, doch hoffnungsvoll schätzt der Verwaltungsleiter Luís Álvarez, dass dies wohl schon in vier Jahren der Fall sein wird.

Fragen und Probleme werden in der Arbeiterversammlung geklärt. ArbeiterInnen, die auch früher schon im Betrieb tätig waren, betonen einhellig, dass das Arbeiten in der

---

tivliste« für Arzneimittel muss umgesetzt werden, Pharmavertreter werden abgeschafft, ärztliche Fortbildung darf nicht durch die Pharmaindustrie finanziert und organisiert werden. Stattdessen müssen für den Bereich der Arzneimittelversorgung politische Preise festgesetzt werden, während garantierte Apothekergewinne ebenfalls abgeschafft werden müssen. Medikamente müssen generell auf eine andere Art und nach anderen Kriterien verteilt werden als durch Pharmagroßhandel, Apotheken etc.

Für die Großgeräte müsste es wieder eine Großgeräteplanung geben, die nach medizinischen, und nicht nach betriebswirtschaftlichen Erfordernissen plant.

Am Beispiel Brasiliens, wo es zu einer Aushebelung des Patentrechts bei HIV-Medikamenten kam, ließe sich zeigen, dass Gesundheit durchaus als übergeordnetes Interesse begriffen werden kann. Hier stellt sich die Frage, wie man es mit den Patentrechten hält. In diesem Zusammenhang ist auch über die Produktion von Generika im Rahmen staatlicher Betriebe nachzudenken. Lässt sich die Arzneimittel-Industrie vergesellschaften oder zumindest demokratisch kontrollieren?

Versorgungsstrukturen

Zunächst müsste man über Möglichkeiten der Integration der Versorgung nachdenken – und zwar umfassend.

So müsste sowohl die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung aufgehoben werden als auch – ein Blick über den deutschen Tellerrand wäre hier hilfreich – die standespolitisch begründete Arbeitsteilung zwischen Ärzten und Pflegern, Therapeuten, Schwestern etc. Dabei gälte es, darauf zu achten, dass dies nicht zum Vorwand für Dequalifizierung, Liberalisierung und Verbilligung genommen wird, sondern zu einer sinnvollen Verzahnung der verschiedenen Versorgungsebenen führt. Zu diskutieren wären Poliklinikmodelle, Medizinische Versorgungszentren, Ambulatorien etc., und es wäre jeweils darauf zu achten, dass die Zwecksetzung und entsprechenden Organisationsprinzipien nach medizinischen und demokratischen Kriterien gestaltet sind. Denn all' solche Modelle werden im Moment auch unter dem Aspekt des Wettbewerbsdrucks, der Liberalisierung des Vertragsarztrechts, der Verbilligung etc. diskutiert.

Zugleich müsste man diskutieren über Möglichkeiten der Trennung von Leistungserbringung und medizinischem Interesse einerseits und den dazu passenden Vergütungsstrukturen für Ärzte und medizinisches Personal andererseits. Die Qualität der Behandlung darf nicht abhängig sein von ökonomischen Anreizen für die Behandelnden. Für Ansätze zur Trennung dieses Zusammenhangs kann auf Erfahrungen mit Gesundheitssystemen anderer Länder zurückgegriffen werden.

Hinsichtlich der Organisierung des Krankenhausbereichs wäre an die Diskussionen über das »klassenlose Krankenhaus« und entsprechende Erfahrungen damit zurückzugreifen. Dabei geht es um die Aufhebung der Hierarchie unter den Beschäftigten ebenso wie unter den Patienten sowie um einen nicht entmündigenden Umgang mit den Patienten. Grundsätzlich müssten die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten einer schonungslosen Analyse unterzogen und mit ihnen zusammen neue Organisationsformen und Arbeitsbedingungen entworfen werden.

Die Enthierarchisierung setzt auch eine andere Ausrichtung der Mediziner-Ausbildung voraus. Die psychosozialen Fächer müssten ausgebaut und die sehr naturwissenschaftlich verkürzte und beschränkte Vorstellung des Zusammenhangs von Krankheit, Gesundheit, Individuum und Medizin gründlich verändert werden. Das Selbstverständnis medizinischer Berufe und die medizinische Versorgung ist bislang wesentlich an der Fragestellung orientiert, wie Krankheit zu behandeln ist – erforderlich wäre eine »salutogenetische« Perspektive, d.h. die Frage, wie Menschen gesund bleiben. Generell müsste bei der Diskussion über die Verfasstheit und Organisation des Gesundheitssystems gesundheitliche und soziale Ungleichheit, Verhältnis-, und nicht bloß Verhaltensprävention zum Thema gemacht werden.

** Nadja Rakowitz ist wissenschaftliche Mitarbeitern am Institut für medizinische Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt a.M., Mitglied der* express*-Redaktion und im Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte tätig.*

Anmerkung:

1) Der Volltext des Konzepts »Sozialpolitik als Infrastruktur« findet sich unter: www.linksnetz.de In Kürze sollen dort auch Ergänzungen des Infrastrukturkonzepts um gesundheitspolitische Überlegungen dokumentiert werden.

Kooperative freier geworden sei und dass sie mitbestimmen könnten. Sie schätzen es auch, dass sich nun alle ArbeiterInnen darüber Gedanken machen, wie sie der Kommune auf die Beine helfen können: ob sie die kostenlose gesundheitliche Versorgung unterstützen oder Bildungsprogramme auflegen und wie sie bei all dem vorankommen. Die Arbeit für ein kollektives Interesse sei deutlich etwas anderes, als Sklave eines kapitalistischen Unternehmens zu sein, so eine Arbeiterin.

Die Kooperative *Textileros del Táchire* kümmert sich auch um den regionalen Baumwollanbau, damit genügend Baumwolle für die Verarbeitung zur Verfügung steht. Um die Umsatzerlöse aus der Baumwollproduktion zu erhöhen, will das Unternehmen künftig direkt mit den weiterverarbeitenden Produzenten verhandeln – kapitalistische Sektoren der Ökonomie sollen ausgeschaltet und eigene Kooperationsbeziehungen entwickelt werden.

»Harmonischer arbeiten« bei der Ketchupherstellung

Caigua stellt *Salsa de Tomate Guarico Ketchup* her. Im Juli 2005 besetzten 58 ArbeiterInnen drei Monate lang die Fabrik, berichtet die Arbeiterin Carmen Ortíz. Alle ArbeiterInnen übernachteten und aßen während dieser Zeit mit ihren Familien in der Fabrik. Im Jahr 2000 war der Betrieb wegen fehlender Rohstoffe – Tomaten – geschlossen worden, 2004 erhielt der Unternehmer Salomon Garcia einen Regierungskredit, um die Fabrik wieder zu eröffnen. Der Kredit wurde von Garcia jedoch nicht für die Sanierung des Unternehmens und für notwendige Investitionen verwendet, sondern zweckentfremdet.

Gegenüber Hugo Chavéz prahlte Garcia, dass er 220 Angestellte und 1 500 Arbeiter in Lohn und Brot gebracht hätte. Im gesamten Betrieb gab es aber nur 60 ArbeiterInnen – und die waren Repressalien ausgesetzt. Nachdem der Lohn der ArbeiterInnen einen Monat ausblieb, besetzten sie den Betrieb und reichten Beschwerde beim Arbeitsministerium wegen des Missmanagements ein. Zur »bolivarischen Revolution« gehört auch, dass schlecht verwaltete Betriebe an die Arbeiter übergehen. Nun betreut das Arbeitsministerium die Tomatenfabrik und unterstützt ihre Betreiber. Ein spezieller Aufsichtsrat wurde gegründet, der die Arbeiter des Unternehmens vertritt. Ziel der neuen Betreiber ist es, einen Kredit vom Arbeitsministerium zu erhalten.

Ein wichtiges Motiv für die Fabrikbesetzung war auch die nur zehnprozentige Auslastung des Betriebs. Da die ArbeiterInnen die volle Auslastung der Produktionskapazität erreichen wollen, setzen sie mittlerweile Maschinen ein, sowohl bei der Aussaat als auch beim Transport der Tomaten zur Fabrik, wo die Tomaten verarbeitet werden. Das Endprodukt Ketchup wird an die Konsumenten über das staatliche Vertriebsnetzwerk CASA weitergeleitet. Wenn es gelinge, die Produktion auszuweiten, wolle man die Fabrik auch zum »sozialen Unternehmen« machen, so das Ziel der ArbeiterInnen.

Ein Unternehmen auf dem Weg zur Mitverwaltung wolle zum Wohl der Gesellschaft beitragen und sich nicht dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt verschließen, erklärt Domingo Meléndez, Berater für Qualität, Forschung und Entwicklung. Die Laboranalystin Aury Arocha erläutert weiter: »Wir versuchen für die Gemeinschaft zu arbeiten, alle sollen etwas davon haben. Was und wie

etwas gemacht wird, entscheiden die ArbeiterInnen auf der Arbeiterversammlung mit einer definierten Mehrheit von 50 Prozent plus 1. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass alle entscheiden; die Meinung eines jeden zählt. Vorher haben wir in einer Diktatur gearbeitet, nun sind wir frei, aber nicht um zu tun, was wir wollen, sondern um im Sinne der Gemeinschaft tätig zu sein. Wir sind zwar völlig spontan in unseren Ansichten, arbeiten aber viel harmonischer miteinander.«

Vom »Teil des Maschinenparks« zum »sozialen Unternehmen« in der Kakaoindustrie

Der Produktionskoordinator José Gregorio Moy stellt das agroindustrielle Großprojekt *Unión Cooperativa Agroindustrial del Cacao Cumana* in Sucre vor. Nach einem Stillstand von acht Jahren entsteht hier die Kakaoproduktion und -verarbeitung auf Initiative des Gouverneurs Ramón Martinez und des Präsidenten der Republik neu. Das damalige Lebensmittelunternehmen *La Universal Perugina* war aufgrund von Missmanagement in die Hände einer Bank übergegangen. Die Bank verkaufte es der Regierung mit einem Kredit des Ministeriums für Basisökonomie (MINEB).

Im Augenblick wird lediglich der Rohstoff, also die Kakaobohnen, von den Bauern zu Kakaomasse verarbeitet. Künftig soll die Kakaomasse auch veredelt, und es sollen Fertigprodukte wie Kekse, Waffeln, Schokopralinen u.ä. hergestellt werden. Den Produktionsablauf und die Unternehmensstruktur erklärt die Qualitätskoordinatorin Edith Mendoza: »Zunächst kommen die Kakaosäcke ins Lager. Dort wird jeweils eine Probe genommen und die Qualität der Bohnen analysiert. Anschließend werden die Bohnen geröstet, geschält und gemahlen, daraus wird später die Kakaomasse gewonnen. Mit einer Presse wird die Kakaobutter von der Kakaomasse getrennt.«

Das Projekt besteht aus den Kakaoproduzenten der *Uproca* mit 3 600 Teilhabern und der Verarbeitungskooperative *Chocomar* mit 96 Teilhabern. Gemeinsam haben sie eine Gesellschafterversammlung mit 32 Mitgliedern, jeweils 16 von *Uproca* und 16 von *Chocomar*. Die Gesellschafter werden von den jeweiligen Kooperativen gewählt. Die Leitung besteht aus vier Genossenschaftern von *Urpoca*, vier von *Chocomar* und dem Direktor. In diesem Gremium werden Vorschläge bezüglich der Kakaoproduktion diskutiert und Entscheidungen getroffen. Alle erhalten dieselben Einkommen bzw. dieselben Gesellschafterbezüge.

Juana Ruíz, Verantwortliche für den Verkauf, sieht die Sache so: »Wir werden momentan durch den Staat geschützt. Die Regierung hat den kapitalistischen Unternehmen bedeutet: ›Beeilt Euch, denn wenn Ihr nicht produziert, dann setze ich andere Leute zum Produzieren ein.‹ Es gibt unter den Arbeitslosen eine hohe Bereitschaft zu arbeiten und genügend staatliches Kapital, um zu handeln.«

Die Eigentumsstruktur des Kakaomasseherstellers sieht wie folgt aus: Die ArbeiterInnen sind zusammen mit acht Produzentenkooperativen und der Verarbeitungskooperative Eigentümer des Kapitals und der Infrastruktur, also der *Agroindustrial Cacao*, ebenso wie der Bohnen und Plantagen. Als Eigentümer haben sie die Verantwortung für mehr als 18 000 Kakaobauern im Bundesstaat Sucre und müssen Antworten finden für mehr als 45 Prozent der Kakaoproduktion in Venezuela. In diesem Kontext stellt es sich als großes Problem dar, dass der Kakaopreis an den Börsen in New York und London festgelegt wird.

Die Kakaofabrik ist das erste »Unternehmen sozialer Produktion« im gesamten Land. Sie hat einen Rahmenvertrag mit dem Ministerium für Basisökonomie und dem venezolanischen Staat unterzeichnet und damit Verantwortung gegenüber der venezolanischen Bevölkerung übernommen. Konkret betreut sie drei Gemeinden in der Nähe mit jeweils einem Projekt. Um die Nahrungs- und Ernährungskette zu verbessern, haben sie eine Hydrokultur für grünes Viehfutter geschaffen, die mit diversen landwirtschaftlichen Kooperativen verknüpft wurde. Auf diese Weise will das Unternehmen die Zucker- und Milchproduktion fördern und für die Leute aus den Gemeinden Arbeitsplätze schaffen.

Der Maschinenarbeiter Alexander Patino sieht den Unterschied der Arbeit im Werk damals und heute so: »Noch vor acht Jahren kamen wir montags zur Arbeit und warteten eigentlich nur auf den Freitag wegen des Lohns. Im Prinzip waren wir Arbeiter Teil des Maschinenparks. Der Unternehmer befahl zu arbeiten, und wir legten los; er sagte ›Stop‹, und wir hörten auf. Jetzt ist das ganz anders. Wir haben unsere Augen, unsere Köpfe und unsere Herzen geöffnet. Das Unternehmen gehört nicht mehr nur einem Einzigen, sondern uns und den Gemeinden. In unserer Mensa essen täglich 40 Kinder aus der nahe gelegenen Gemeinde, die Ärmsten der Armen.«

Arbeiterkontrolle und gleiche Gehälter für ›Papiertiger‹

Im Jahr 2003 erkannten die Beschäftigten des damaligen Papierbetriebs *Ex-Venepal*, dass die Schließung kurz bevorstand, berichtet der Produktionskoordinator und Angestellte des Staatsanteils Manrique Gonzales. Die Arbeiter begannen sich zu organisieren und zu kämpfen. Sie schlugen der Regierung vor, ohne Unternehmensleitung selbst Betreiber und Teilhaber von Venepal zu sein, hielten eine ganze Reihe von Versammlungen ab und organisierten Demonstrationen, um ihr Ziel zu erreichen. Schließlich unterstützte das Arbeitsministerium sie in ihrem Ansinnen und half ihnen, sich in einer Kooperative zu organisie-

---

Dringliches

8. bundesweiter Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Gegen Entlassungen – für den Erhalt tariflicher und sozialer Standards! Perspektiven und Kampfformen

Die Gewerkschaftsbewegung hat in diesem Jahr wichtige Erfahrungen gemacht:
Es gab einige lang andauernde Abwehrkämpfe in Metallbetrieben und hartnäckige Streiks im Öffentlichen Dienst – sowohl gegen Verlagerungen und Arbeitsplatzvernichtung, als auch gegen Arbeitszeitverlängerung und für den Erhalt von tariflichen und sozialen Standards.
Trotz vielfach beispielhafter Aktions- und Streikführung und starker Beteiligung der jeweiligen Belegschaften sowohl im Metall- als auch im ver.di-Bereich konnten weder die Kämpfe um Sozialtarifverträge Betriebsverlagerungen und Arbeitsplatzabbau verhindern, noch konnten Arbeitszeitverlängerungen und Aufweichung der Flächentarifverträge vollständig abgewehrt werden.
Gleichzeitig hat der vom Kapital diktierte neoliberale Sozialstaatsabbau neue Dimensionen erreicht:
Die Mehrwertsteuer wurde von 16 auf 19 Prozent erhöht, das Hartz IV-Optimierungsgesetz bringt erhebliche negative Auswirkungen und Verschärfungen für die Arbeitslosengeld II-BezieherInnen. Weitere eingreifende Veränderungen stehen in diesem Herbst in der Gesundheits- und Rentenpolitik bevor.
Die gesellschaftliche Diskussion um einen Mindestlohn ist in Gang gekommen, die Vorstellungen hierzu sind jedoch sehr unterschiedlich. Die Regierung könnte sich einen Mindestlohn um 3,50 bzw. fünf Euro vorstellen! Die Gewerkschaftsspitzen bringen es auf 7,50 Euro, die soziale Bewegung und die Gewerkschaftslinken fordern mindestens zehn Euro.
All dies zeigt, dass trotz verstärkter Gegenwehr in den Betrieben und auf der Straße das allgemeine Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital/Regierung bisher noch zu ungünstig ist, um den sozialen Kahlschlag zu stoppen, geschweige denn wesentliche Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Alles deutet darauf hin, dass die sozialen Auseinandersetzungen im Rahmen der Globalisierung weiter an Schärfe zunehmen werden. Denn tagtäglich werden von Regierung und Kapital neue Angriffe vorbereitet!
Der Kongress setzt sich zum Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der gewerkschaftlichen Gegenwehr zu leisten.
Am Samstag stehen die Erfahrungen, Widersprüche und Schwierigkeiten aus den jüngsten betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen und die Bedeutung dieser Kämpfe für die Gewerkschaftsbewegung im Mittelpunkt des Kongresses.
Dazu sind KollegInnen aus folgenden Betrieben eingeladen und werden von ihren Kämpfen berichten:
Infineon München, AEG Nürnberg, CNH und JVC Berlin, Uni-Klinik Essen/Duisburg, Alstom-Power Mannheim, Gate Gourmet Düsseldorf, DaimlerChrysler Mettingen, LTG Mailänder Stuttgart, Hamburger Hafenbetriebe, ver.di Stuttgart.
Am Sonntagmorgen wollen wir versuchen die Menschen, die aus der gleichen Stadt oder der gleichen Region auf der Konferenz vertreten sind, zu vernetzen. Sie sollen Gelegenheit bekommen, sich kennen zu lernen, um sich über eine gemeinsame Arbeit vor Ort zu beraten. In einer Reihe von Städten sind örtliche Foren der Gewerkschaftslinken aktiv. Wir wollen Beispiele und Anregungen geben für die Arbeit von Foren der Gewerkschaftslinken.
Im Anschluss daran soll der Kampf gegen den sozialen Kahlschlag im Vordergrund stehen: Der DGB hat Aktionen »zur Begleitung« der »Reform«vorhaben der Regierung in diesem Herbst angekündigt. In mehreren Großstädten sollen Demos stattfinden. Wir wollen diskutieren, wie unser Beitrag aussehen kann, damit der DGB eben nicht nur die »Reformen« begleitet und die Kollegen mal Dampf ablassen können. Wir wollen diskutieren, wie Sozialabbau verhindert werden kann.
Mit welchen Zielen und Forderungen können wir eine breite einheitliche soziale und gewerkschaftliche Bewegung herstellen?
Was brauchen wir für Aktionen und Kampfformen, um diese Ziele durchzusetzen?

Zeit/Ort: *30. September von 11 bis 20 Uhr und 1. Oktober von 9 bis 13 Uhr, Frankfurt/Main, DGB-Haus, Wilhelm Leuschnerstr. 69-77*
Information & Anmeldung: *Hans Kroha, Tel. (069) 2569-1400, Fax (069) 2569-1419, email: HKroha@t-online.de*
Weitere Infos unter: *www.labournet.de/GewLinke/*

Film: »5 Fabriken. Arbeiterkontrolle in Venezuela« von Dario Azzellini und Oliver Ressler, 81 Min., 2006, DVD mit allen drei Versionen (Original Spanisch, mit englischen, deutschen und katalanischen UT)
35 Euro privat / 70 Euro für Institutionen

ren. Dies war die Voraussetzung, um den Kredit zu bekommen, den sie zur Sanierung des Unternehmens verlangt hatten. 2004 trat die alte Unternehmensleitung endgültig zurück, und die Regierung begann, den Prozess zur Rettung des Betriebes zu beschleunigen. Für das Vorprojekt, das von Ingenieuren und Verwaltungspersonal vorgelegt wurde, bewilligte die Regierung einen Kredit. Nach Eintreffen des Geldes und der Betriebsgenehmigung durch den Staat wurde sofort Material geordert und mit der Produktion losgelegt. Der Kredit ist außerordentlich günstig. Er ist nur mit vier Prozent verzinst und läuft auf 20 Jahre. Aktuell gehört das Unternehmen zu 51 Prozent dem Staat und zu 49 Prozent den ArbeiterInnen, die in der Kooperative *Covimpa* organisiert sind. Bei sukzessiver Kreditabzahlung übergibt die Regierung Stück für Stück ihre Anteile an die Kooperative und behält sozusagen eine goldene Aktie. Ab 2007 wollen die ArbeiterInnen ihre Abzahlungen beschleunigen und den anderen Teil des Gewinnes für soziale Aufgaben und für die Erneuerung der Technologie verwenden.

Rowan Jiménez, Wartungsarbeiter der Kooperative, erzählt, dass Ex-Venepal das erste Unternehmen war, das enteignet wurde. Nach drei Jahren Kampf hatten die ArbeiterInnen in Morón im Bundesstaat Cacabobo den Betrieb ›zurückerobert‹. Die Regierung gab ihnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wer Betriebsdirektor werden sollte, und die ArbeiterInnen beschlossen, dass diese Aufgabe der Generalsekretär der Gewerkschaft übernehmen solle, damit die Kontrolle über den Betrieb gewährleistet bleibe. Willys Lago, ein Laborarbeiter, meint, dass er persönlich gelernt habe, »mehr Mensch zu sein«. Vor der Enteignung war er Angestellter und verstand sich als Untergebener, so wie ihm dies im Rahmen kapitalistischer Sozialisation vertraut war. Jetzt sähen sich alle als Gleiche an und teilten, was sie haben. Die Beschäftigten seien solidarisch auch mit anderen und hätten von ihren ersten Produktionsergebnissen vielen Schulen in der Gegend Unterrichtsmaterial für die Kinder zur Verfügung gestellt. Sie öffneten eine Schule am Ort, die bis dahin lediglich gegen Bezahlung Kinder unterrichtet hatte, für die Allgemeinheit. Jetzt gibt es eine »bolivarische Schule«, und jeder, der will, kann sich einschreiben und studieren. Die betriebsärztliche Versorgung steht auch den Anwohnern der Gemeinde zur Verfügung.

Aktuell versucht eine Gruppe von ArbeiterInnen aus Covimba, eine Fabrik in Valencia mit Namen OXI zu übernehmen. Die Arbeiter von Invepal unterstützen sie mit Lebensmitteln, Geld und den Produkten, die sie selbst produzieren. Die Solidarität aller ist erforderlich, um die Unternehmen zurückzugewinnen und Arbeitsplätze zu schaffen – am Anfang waren es 300 Arbeiter, zur Zeit sind 630 beschäftigt. Der Papierbetrieb versteht sich ebenfalls als »Unternehmen sozialer Produktion«. Er hat zur Unterstützung der Bildungsaufgabe verschiedene Missionen engagiert, die der vorherige kapitalistische Unternehmer nicht zugelassen hatte, mit dem Effekt, dass nach wenigen Monaten einhundert ArbeiterInnen ihre Ausbildung abschließen und ein Studium an der Universität aufnehmen konnten. Die ArbeiterInnen wünschen sich darüber hinaus sozialpolitische Bildungsmaßnahmen, um ihren Weg klarer erkennen zu können, und sie wollen die Verwaltung genauer kennen lernen, um die Arbeiterkontrolle gewährleisten zu können.

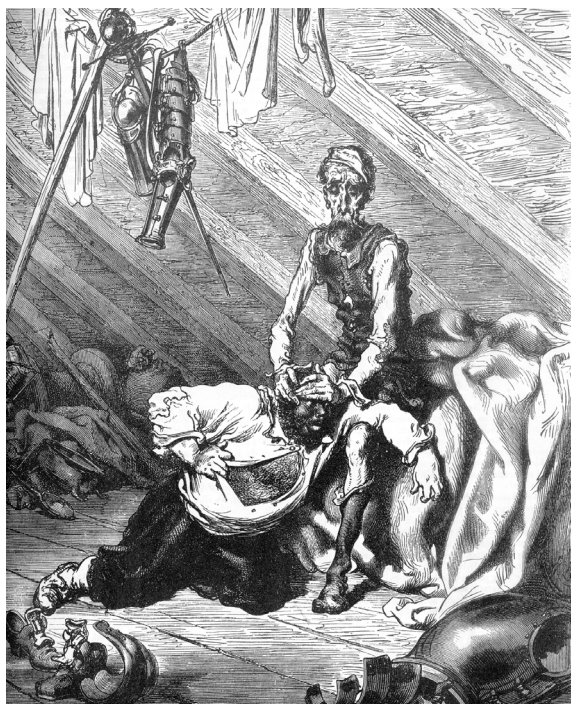
In dem Papierbetrieb erhalten alle das gleiche Einkommen, und alle Ämter werden von der Arbeiterversammlung gewählt, berichtet Eleuerio Córdova, ein Gruppenkoordinator. Auch diejenigen, die im Papierbetrieb eine Arbeit aufnehmen wollen, werden von der Arbeiterversammlung gewählt. Überhaupt werden alle Entscheidungen, die getroffen werden, in der Arbeiterversammlung abgestimmt.

1 100 offene Experimentierfelder

Mit den selbst- und mitverwalteten Fabriken – z. Zt. etwa 100 an der Zahl – soll ein Sozialismus »von unten« entstehen. Den fünf Fabrik-Modellen ist gemeinsam, dass sie ihren Gewinn in die umliegenden Orte, in die soziale, gesundheits- und bildungsfördernde Entwicklung investieren. Aus dem Wirken der FabrikarbeiterInnen heraus sollen neue soziokulturelle und politische Verhältnisse angestoßen werden. Die staatlichen Institutionen und die Verwaltungen von früher gelten als überholt, jetzt gilt es deshalb, »Parallelstrukturen« aufzubauen.

Den Kooperativen geht es bei ihrer Arbeit nicht um die finanzielle Bereicherung der Menschen. Gleichwohl soll aber auch genug Geld für eine gute Lebensqualität verdient werden, und niemand soll ausgebeutet werden. Deshalb verdient in jedem Betrieb jeder soviel wie der andere. Ziel ist ein würdevolles Leben und gesellschaftliche Teilhabe für alle, insbesondere aber die Möglichkeit für Kinder, eine bessere Ausbildung zu erreichen. »Regiert« werden die Kooperativen durch die jeweiligen Arbeiterversammlungen.

Im Kampf der SelbstverwalterInnen spielt die Kritik an den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Wie unter Nestor Kirchner in Argentinien hatte auch die vorherige venezolanische Regierung darauf gesetzt, die Gewerkschaften einzubinden, und eine von ihnen getragene »Partizipation« zu fördern. Auch jetzt noch erhalten die Gewerkschaften staatliche Kontingente an Produktionsbetrieben. Doch bei diesen Betrieben bleiben die pyramidalen Strukturen, der autoritäre Führungsstil und die Unterdrückung der ArbeiterInnen oft genauso wie früher erhalten, und die Arbeitsplätze werden verschachert. Die »bolivarischen Revolutionäre« verlangen von den Gewerkschaftsführungen, ihre einseitige Forderungshaltung aufzugeben und anzuerkennen, dass die ArbeiterInnen die ProtagonistInnen sind, die es zu



unterstützen gilt. Ziel ist es, eine neue statt der korrupten alten Arbeiterbewegung herauszubilden. Die Gewerkschaften müssen überzeugt werden, dass die neue Form der Mit- und Selbstverwaltung die Chance in sich trägt, eine neue Gesellschaft aufzubauen und die venezolanischen ArbeiterInnen begonnen haben, ihr eigenes Schicksal zu definieren und zu gestalten.

All das, was jetzt durch die Übernahme der Betriebe in Arbeiterhand passiert, ist neu – die Wahl eigener Führungs-, Verwaltungs- und Kontrollgremien, die selbstorganisierten Besprechungen und Entscheidungen in den Arbeiterversammlungen der Kooperativen, die Form der gleichen Bezahlung bzw. Gewinnbeteiligung für alle. Alle selbst- und mitverwalteten Fabriken wollen so genannte »Unternehmen sozialer Produktion« werden. Insgesamt stehen noch zirka 1100 Betriebe leer für dieses soziale Experiment.

10 000 Chavez nutzen nichts...

In Venezuela gibt es keinen Sozialismus. Das sagen alle Protagonisten im Film. Allerdings wird in den Kooperativen und ihrer Umgebung – ja im gesamten Land und sogar in den Medien – eine rege Debatte darüber geführt, was Sozialismus sein soll, wie man sich Sozialismus vorstellt und wie man dazu kommt in einer kapitalistisch-globalisierten Welt.

Alexander Patino aus dem Kakaoprojekt sagt: »Für mich heißt Sozialismus in wenigen Worten: ›Liebe, Glücklichsein und soziale Gerechtigkeit‹. Früher hatten wir so etwas nicht, ja wir wussten nicht einmal etwas davon. Seit Kolumbus hier ankam, haben andere, die uns alles – unser Land, unser Denken – weggenommen haben, über uns die Geschichte geschrieben. Jetzt haben wir im Rahmen unserer Verfassung erstmals die Chance, unsere Geschichte selbst zu schreiben.«

Die ArbeiterInnen, die in dem Film zu Wort kommen, sind sich bewusst, dass die Entwicklung eines Sozialismus im 21. Jahrhundert sehr schwer ist. Viele von ihnen unterstützen deshalb mit all ihrer Kraft die Regierung, die wegen ihres Weges Angriffen der Rechten ausgesetzt ist. Zugleich ist für die Verkaufsleiterin des Kakaoprojektes Juana Ruíz klar: »Der Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann nur gelingen, wenn das Volk glaubt, es kann den Sozialismus wirklich erreichen. Wenn das Volk das nicht glaubt, nützt es auch nichts, wenn 10 000 Chavéz kommen.«

Gerade die Beschäftigten in den mit- und selbstverwalteten Betrieben sehen den Weg zum Sozialismus als eine der größten Herausforderungen der »bolivarischen Revolution« an. Sie meinen: »Wenn das Alte noch nicht gestorben und das Neue noch nicht geboren ist, dann müssen wir gemeinsam die neuen Produktionsverhältnisse voranbringen, stärken, begleiten.« Wesentlich ist für sie die Erlangung von Wissen – und eine Wissensgesellschaft im wahrsten Sinn des Wortes.

Die Präsidentschaft von Chavez wird als eine Garantie gesehen, die sie auf ihrem Weg zum Sozialismus begleiten wird, oder, wie es einer der Arbeiter aus der Ketchupfabrik sagt: »Wir denken nicht wie Hugo Chavez. Aber Hugo Chavez denkt wie wir. Deshalb ist er dort, wo er ist. Und dass er da bleibt, dafür werden wir sorgen!« Dies ist eine sehr deutlich Kampfansage an alle Bestrebungen, die venezolanischen ArbeiterInnen auf ihrem Weg aufzuhalten.

Der Dokumentarfilm ist ein wichtiger Beitrag dazu, den arbeitenden Menschen zu zeigen, dass sie genügend Potenziale haben, das Eigentum, die Produktion, die Verteilung und die sozialen Verhältnisse selbst in die Hand zu nehmen. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Der Film gibt den Mut zurück und unterstützt das Selbstvertrauen, dass der Gedanke von einer anderen als der kapitalistischen Gesellschaft in Venezuela und in anderen Ländern nicht ausgeträumt ist, sondern die Menschen überall in der Welt sich zu unterschiedlichen Zeiten auf den Weg machen, weil sie vom menschenfeindlichen System des Kapitalismus einfach genug haben.

Bestellung über: *dnapress@gmx.net*

Nächster Redaktionsschluss: 18. September 2006

In den nächsten Ausgaben: Summer of Resistance in Italien: Precali protestieren & feiern ● Einzelhandel voll in der Krise: kein Grund zum Feiern ● LeserInnenumfrage & Leserbriefe ● ÖGB verzockt sich und das Vermögen seiner Mitglieder ● Starbucks schikaniert weiter u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Dr. Nadja Rakowitz:* »Einfache Warenproduktion. Ideal & Ideologie«, 2. Auflage, Freiburg 2003
- ☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006
- ☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001
- ☐ *Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:* »Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.
- ☐ Ich werde Fördermitglied der AFP e.V. (Förderbeitrag: 5 Euro pro Monat) und beziehe den *express*.

Ich zahle mein Jahresabonnement / meine Fördermitgliedschaft / mein ermäßigtes Abo – Beleg beifügen (35/60/18 Euro)

- ☐ gegen Rechnung
- ☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 8 Tagen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Postfach 10 20 63, 63020 Offenbach / Bleichstraße 9, 63065 Offenbach, Tel. (069) 88 50 06, Fax (069) 82 11 16,
email: express-afp@t-online.de
Erscheinungsweise: monatlich (10 Ausgaben/Jahr)
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (einschl. Versandkosten).
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60); Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck
Layout/Satz: Birgit Letsch
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt